



18.08.2015 - 09:29 Uhr

Neun Parteipräsidenten zum Christen-Genozid von 1915 und zum drohenden Genozid an den religiösen Minderheiten im Nahen Osten heute

Maur (ots) -

Dieses Jahr jährt sich der Genozid von 1915 in der Türkei zum hundertsten Mal. Gleichzeitig findet im Nahen Osten eine extreme religiöse Säuberung statt, die zum Beispiel der Papst als "eine Art Genozid" bezeichnet hat. Die christliche Menschenrechtsorganisation Christian Solidarity International hat die Präsidi von neun Parteien zu ihrer Haltung bezüglich der beiden massiven religiösen Säuberungen befragt. Über die Ergebnisse wird heute der Bundesrat informiert.

Befragt wurden die Präsidi von SVP, SP, FDP, CVP, GPS, GLP, BDP, EVP und EDU

Toni Brunner, SVP
Christian Levrat, SP
Philipp Müller, FDP
Christophe Darbellay, CVP
Regula Rytz, GPS (Co-Präsidentin)
Martin Bäumle, GLP
Martin Landolt, BDP
Marianne Streiff-Feller, EVP
Hans Moser, EDU
(Die Reihenfolge der Parteien entspricht ihrer Stärke im Parlament.)

Diese Fragen stellte CSI den ParteipräsidentInnen

1. Der Bundesrat hat den Genozid von 1915 an den ChristInnen im Osmanischen Reich aus Rücksicht auf die Türkei bisher nicht öffentlich anerkannt. Soll er das tun? Warum (nicht)?
2. Nachkommen von Überlebenden des Genozids von 1915 sind heute im Irak/Syrien erneut von einem Genozid bedroht. Betroffen sind auch zahlreiche nichtchristliche religiöse Minderheiten wie Jesiden oder Schiiten. Was soll die Schweiz tun bzw. wofür setzen Sie sich ein?

Zum Hintergrund

Vor hundert Jahren wurden im Osmanischen Reich auf dem Gebiet der heutigen Türkei weit über eine Million Christen (Armenier, Assyrer / Aramäer, Griechen) umgebracht, viele verendeten auf langen Todesmärschen. Andere überlebten in Gebieten, die später zu Syrien und dem Irak gehörten. Ihre Nachkommen sind heute erneut Opfer massiver religiöser Säuberungen. Ebenfalls stark betroffen sind heute nichtchristliche religiöse Minderheiten wie etwa die Jesiden und die Schabaken. CSI hat bereits im November 2011 vor einem Genozid an den religiösen Minderheiten im Nahen Osten gewarnt.

Weitere Infos

Die Antworten der ParteipräsidentInnen: www.csi-schweiz.ch/parteipraesidenten

Brief an den Bundesrat:

www.csi-schweiz.ch/medienmitteilungen

Christian Solidarity International (CSI) ist eine christliche Menschenrechtsorganisation für Religionsfreiheit und Menschenwürde.

Kontakt:

Adrian Hartmann
adrian.hartmann@csi-schweiz.ch
044 982 33 74
078 836 07 47

